

Notizen von der Querfront (Dezember `24)

Querfront à la française

„Die Brandmauer, mit der sich die Linke von der extremen Rechten abgegrenzt hat, ist eingebrochen.“ Konstatiert Michaela Wiegel, die langjährige Frankreich-Korrespondentin der F.A.Z., nachdem Sozialisten, Grüne, Kommunisten und Linkspartei mit ihrem Misstrauensantrag gegen Macrons Minderheitsregierung der Rechtspopulistin Marine Le Pen eine Steilvorlage geliefert haben. Die Linksparteien hätten sich damit zu „willigen Gehilfen“ von deren Umsturzplänen gemacht.

LFI-Führer Jean-Luc Mélenchon, Lafontaine-Freund, Putinist und linker Antisemit, schwadroniert schon länger in ohrenbetäubendem Gleichklang mit Le Pens Rechtsextremisten, wenn es darum geht, der Ukraine weitere militärische Hilfen zu verweigern und mit dem russischen Tyrannen einen Sonderfrieden zu schließen. Es eint sie auch die asoziale Schamlosigkeit, mit der sie den Wohlfahrtsstaat in ein Fass ohne Boden zu verwandeln und das hochverschuldete Land gegen Macrons verzweifelte Ruhestandsreformen still zu legen versuchen. Von der gleichlautenden Fundamentalkritik an Brüssel mit ihren teutophoben Zwischentönen nicht zu reden. Dass die Sozialisten des immer noch anti-zentristisch aktiven Ex-Präsidenten Hollande im Verein mit den gespaltenen Grünen die Querfront im krisengeschüttelten Nachbarland komplettieren, verheißt nichts Gutes für die nahe Zukunft, auch nicht gegenüber dem moderaten Barnier-Nachfolger Francois Bayrou.

Immerhin: um einen letzten Anflug von Seriosität zu wahren, hat Le Pen die AfD-Frontfrau Weidel unlängst abblitzen lassen, als es um die Neubildung einer gemeinsamen Fraktion im EU-Parlament ging. Der wohl nur taktische Grund für ihre Zurückhaltung: Sie will nicht nur zur künftigen Regierungschefin wie die in der Schweiz wohnende völkische Deutsche, sondern sogar zur Staatspräsidentin aller Franzosen avancieren.

Wolf & Wagenknecht

Sahra und Katja schreiten Seit` an Seit` auf dem Thüringer Landeskongress des BSW in Ilmenau. Sie feiern sich als eine „starke Stimme gegen die immer stärkere Kriegslogik“, d.h. sie bringen sich in Stellung gegen die dringend erforderliche militärische Unterstützung der ums Überleben

kämpfenden Ukraine. Dass diese derzeit im Donbass arg ins Hintertreffen geraten ist, interessiert die empathielosen Protagonisten von ehemals links in ihrem spalterischen Kampf gegen das politische Zentrum im Land kaum. Die ostdeutsche Perspektive sei gerade in Friedensfragen von besonderem Wert, wird in Ilmenau verkündet. Denn dort würden die Menschen „die historische Verantwortung empfinden, die wir für Russland und die Sowjetunion haben und nicht nur für Israel“. Immer noch unterschlägt die Geschichtsfälscherwerkstatt von der Saar, dass die meisten anti-sowjetischen Opfer der Nazibarbarei aus der Ukraine und Weißrussland stammten. Aus historischer Verantwortung müssten sie eigentlich auf der Seite der um ihre Selbstbestimmung kämpfenden Ukraine stehen.

Für das „historische Ereignis“ feiert sich die Partei, „zum ersten Mal in Deutschland“ Koalitionsverträge in Brandenburg und Thüringen durchgedrückt zu haben, die Kritik an der Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen übten. Wagenknecht in miesem Deutsch: „Wir haben unsere Handschrift durchgesetzt“. Wie macht man das? Indem man erstmalig landespolitischen Regierungspräambeln in Teilen der früheren DDR eine gezielt anti-amerikanische Note verpasst.

Um die selbstbewusste Thüringer Landeschefin und frühere Oberbürgermeisterin von Eisenach, Katja Wolf, noch zeitig vor Koalitionsbildung auszutricksen, bediente sich Wagenknecht & Co probater Kaderübertrennungsmethoden. Nach Recherchen der FAZ wurden 21, auf Wagenknecht-Treue durchgecheckte Neumitglieder von der Saar-Berliner Parteizentrale aufgenommen, „ohne dass der Landesvorstand um Wolf davon wusste“. Außerdem wurden weitere 25 Mitglieder ohne Kenntnis von Wolf & Co in die Thüringer Partei gelotst, um vor allem in „Friedensfragen“ für klare prorussische Verhältnisse zu sorgen.

Auch wenn Ilmenau wie ein Versöhnungsparteitag aussehen sollte, ist das Duell Wolf-Wagenknecht noch lange nicht ausgestanden. Wird Wolf erst einmal als Ministerin vereidigt sein, dürfte sie nur noch dem Amtseid ihres Landes und keiner Nibelungentreue mehr gegenüber ihrer egomanen Parteiführerin verpflichtet sein. Man darf gespannt sein, wie Wagenknecht künftig ideologisch abweichende Kabinettsmitglieder und missliebige Koalitionskompromisse in Brandenburg und Thüringen sanktionieren wird. Ein imperatives Mandat wird sie nicht durchsetzen können. Aber mit Parteiausschlüssen könnte sie zumindest das ernten, was ihr schon immer am besten gefiel: verfolgen, spalten und zerstören.

Erinnert sei an den ebenso egomanischen Austropopulisten Jörg Haider, der 2000 als erfolgreiche Führerfigur von Kärnten aus seine FPÖ in die Wiener Bundesregierung hievte, um seinen Ministern fortan mit Querschüssen aus der Provinz das Leben schwer zu machen – bis es zur Spaltung kam. Haider gründete das BZÖ, seine alte Partei wurde von Strache-Ibiza übernommen.

Holzweg in Holzdorf

Sven Hornauf, BSW-Landtagsabgeordneter aus Frankfurt-Oder, nahm es mit seinem Friedensaktivismus ernster als seine Koalitionäre im neuen Brandenburger Zweierbündnis. Was nicht ganz nachvollziehbar, denn Wagenknechts Truppe hatte sich mit ihrer US-kritischen Koalitionspräambel weitgehend durchsetzen können, ohne freilich mit allzu viel Gegenwehr von Seiten der vom „Oberrussen“ Platzeck geprägten Brandenburger SPD rechnen zu müssen.

Hornauf verweigerte eisern Woidke die Stimme bei der Ministerpräsidentenwahl in Potsdam. Der Grund: Dieser unterstützt die Stationierung des Raketenabwehrsystems Arrow 3 auf dem Fliegerhorst Holzdorf im Süden Brandenburgs. Es geht um die Abwehr ballistischer Mittelstreckenraketen, über die nur Russland verfügt. Offenbar ist Herr Hornauf in Holzdorf auf den Holzweg geraten, mittlerweile jede Abwehrregung auf Putins aggressiven Neoimperialismus als Eskalation oder „Kriegsbesoffenheit“ aufzufassen. Als Woidke – im zweiten Wahlgang gewählt - seine Antrittsrede hielt und es sich trotz aller Koalitionsdisziplin erlaubte, vom Angriffskrieg Russlands zu sprechen, verschränkten seine künftigen Koalitionspartner im Parlament demonstrativ die Arme. Zumindest blieben ihm die Pfiffe erspart, wie sie der SPD-Appeaser Stegner während seiner Rede auf der putin-pazifistischen Wagenknecht-Kundgebung unlängst erleben musste.

Doch die zurückgelassene Partei Die Linke setzte noch einen obendrauf. Nicht etwa, dass sich das neue Vorsitzenden-Duo von der rigiden Russland-Kumpanei ihrer abtrünnigen Genossinnen und Genossen ein wenig zu entfernen versuchte – im Gegenteil. Sie wollten aus dem Konflikt für sich Honig saugen. Dass Hornauf mit seinem Protest nur ein *lonesome rider* in seiner ansonsten so NATO-feindlichen Truppe blieb, lieferte für die kümmerliche Restpartei den Beweis, dass halt sie, die Partei der Gysi & Bartsch, immer

noch die konsequenteren und glaubwürdigeren Kämpfer gegen NATO und USA repräsentierten.